

Krise braucht soziale Gerechtigkeit: Tobin-Tax einführen! (2009)

Wir fordern die Einführung einer „Tobin-Tax“ auf alle internationalen Devisengeschäfte. Der Steuersatz soll 0,5% betragen.

Die SPE-Fraktion im europäischen Parlament soll unverzüglich eine Initiative zur Einführung einer entsprechenden Tobin-Tax in der EU einbringen.

Begründung

1. Risiko: Spekulationsgeschäfte Devisen sind Forderungen auf ausländische Währungen in Form von Guthaben bei ausländischen Banken in einer fremden Währung oder in Form von Wertpapieren. Spekulationsgeschäfte auf Währungskurse bringen zwar den Spekulanten Gewinne, können aber für Volkswirtschaften eine existenzielle Bedrohung darstellen. Davon waren in den 90er-Jahren vor allem Schwellenländer betroffen: Die plötzliche Abwertung der jeweiligen Währung durch Spekulationsgeschäfte führte in den Ländern zu Kapitalknappheit, wodurch die Wirtschaftsentwicklung negativ beeinflusst wurde. Durch eine Tobin-Tax werden Finanzmärkte generell stabilisiert, Krisen wird vorgebeugt.
2. Funktionsweise der Tobin-Tax Durch die Einführung der „Tobin-Tax“ würden Transfers wie Direktinvestitionen oder im Warenhandel anfallende Transaktionen nicht tangiert: Die Steuer wäre vernachlässigbar gering, da die anfallenden Kosten im Verhältnis zu dem Gewinn aus der Transaktion nicht ins Gewicht fielen. Bei spekulativen Transfers aber, die zur Gewinnerzielung auf Schwankungen von Kursen setzen, würden bereits Abgaben in dieser geringen Höhe die – je Transaktion nur sehr niedrigen Gewinne – eliminieren. Reine Spekulationsgeschäfte ohne realwirtschaftlichen Hintergrund würden so faktisch der Vergangenheit angehören.
3. Einnahmen durch eine Tobin-Steuer Würden Spekulationsgeschäfte dennoch auf dem heutigen Niveau fortgeführt, brächte dies schon bei einem Steuersatz in Höhe von nur 0,01% Einnahmen von EU-weit 38 Mrd. US-\$ und weltweit 125 Mrd. US-\$ (nach: Kalinowski/Wahl: Kampf um Tobin, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2006).
4. Idee und Widerstand Das Konzept der Tobin-Tax auf Spekulationsgeschäfte ist nicht neu. Schon im Jahr 1972 schlug der Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Yale und Nobelpreisträger James Tobin die nach ihm benannte Steuer auf internationale Devisengeschäfte vor. Damit sollten in den Wechselkursen von Währungen eher realwirtschaftliche Entwicklungen als kurzfristige spekulative Erwartungen widerspiegelt werden. Ende der 90er-Jahre griff vor allem die globalisierungskritische Bewegung attac diese Forderung auf. Eine politische Umsetzung scheiterte bis zuletzt am Widerstand von Neoliberalen, vor allem in den Mitgliedsstaaten der EU.
5. Durchsetzungsmöglichkeit Die Einführung einer Tobin-Steuer wäre zunächst auch nur in bestimmten Wirtschaftsräumen wie in den EU-Staaten möglich: Besteuert und überwacht müsste dann der Verleih des € an Banken außerhalb der EU. (dazu: Machbarkeitsstudie von Barry, Tobin, James und Wyplosz im Jahr 1997) Nachdem bis zuletzt Vorstöße von Sozialdemokraten für eine Tobin-Tax in Europa (u. a. Gerhard Schröder im Jahr 2005) von Konservativen abgelehnt wurden, ändern sich Positionen wegen der Finanzkrise nun reihenweise. Die neoliberale Strategie der Deregulierung ist gescheitert: Jetzt ist das richtige Zeitfenster, um eine Tobin-Tax politisch durchzusetzen.